

INTERVIEWS 07.10.2019

Der russische Traum

Autoritärer Staat, unterdrückte Gesellschaft – dieses Bild von Russland herrscht im Westen vor. Doch die Realität sieht anders aus, meint Reinhard Krumm.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

Interview von Claudia Detsch.

Sie haben Ihren Essay über die russische Gesellschaft und ihr Verhältnis zum Staat in den vergangenen 300 Jahren „Russlands Traum“ genannt. Wie sieht der russische Traum denn aus?

Der Traum der Russen hat sich über die Jahrhunderte hinweg verändert, wie es wohl in jedem anderen Land geschieht. Vergessen wir nicht, dass der US-amerikanische Traum des sozialen Aufstiegs erst in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts formuliert wurde. Zudem hat sich die russische Gesellschaft sehr spät ausdifferenziert, noch in den Anfangsjahren der Sowjetunion dominierte die ländliche Bevölkerung, also die Bauern. Mit der forcierten Industrialisierung, dem Umzug vom Land in die Stadt und dem Bedarf nach einer wachsenden Verwaltung änderte sich das.

Nach dem zweiten Weltkrieg und vor allem nach dem sogenannten Tauwetter zu Beginn der 60er Jahre war es der Wunsch der Bevölkerung, in Frieden zu leben, einen bescheidenen Wohlstand wie Wohnung, Auto und vielleicht sogar eine Schrebergartenparzelle zur Verfügung zu haben. Neben diesen auch uns sehr bekannten Träumen gab es stets ein Verlangen nach einer Freiheit, die an den Grenzen anderer Personen nicht haltmacht, eine anarchistische Freiheit. Das Bemerkenswerte daran ist, dass der Staat dies zulässt, solange keine politischen Ambitionen geäußert werden. Das ist ein Merkmal des russischen Traums.

In welcher Weise prägen die geschichtlichen Erfahrungen und Hoffnungen dieser 300 Jahre bis heute die russische Gesellschaft?

Die russische Gesellschaft ist weit mehr individualisiert, als wir

allgemein annehmen. Das Bewusstsein, dass der Mensch im Prinzip auf sich allein gestellt ist – allen Versuchen des Staates, kollektives Zusammensein zu propagieren, zum Trotz – hat dazu geführt. Russische Wissenschaftler sprechen sogar von einer Atomisierung, also einer Versprengtheit der Individuen und dem Fehlen von Solidarität.

Diese Erfahrung wurzelt in der russischen Geschichte, wurde aber erneut durch die schwierigen Jahre der Transformation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aktualisiert. Es gibt kaum eine Familie, die nicht betroffen war von sozialen Einschnitten. Man musste sich auf die eigenen Kräfte besinnen, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Der Staat war zunächst kaum eine Hilfe, weil in einer solchen Lage kaum ein Staat dazu in der Lage gewesen wäre.

Im Westen herrscht verbreitet der Eindruck vor, die russische Gesellschaft und der russische Staat stünden in einem krass asymmetrischen Verhältnis zueinander, die Gesellschaft würde geradezu unterdrückt. Wie lässt sich die Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat im heutigen Russland aus Ihrer Sicht charakterisieren?

Auch ich habe lange an dem Bild dieses sogenannten doppelten Russland festgehalten. Aber inzwischen denke ich, dass diese Gegenüberstellung nicht mehr ausreichend das Verhältnis analysiert. Wie kann man erklären, dass in den beiden identitätsstiftenden Kriegen, also dem russisch-französischen Krieg im 19. Jahrhundert und dem russisch-deutschen Krieg im 20. Jahrhundert, die Bürgerinnen und Bürger ihr Land so heldenhaft verteidigten?

Die Gesellschaft weiß um die großen Schwächen des russischen Staates. Aber sie bewegt sich innerhalb der Parameter, die dieser Staat ihr gibt. Nicht alle, wohlgemerkt. Das beobachten wir in diesen Tagen, übrigens nicht nur in Moskau. Und der Staat ist höchst beunruhigt, weil er im 21. Jahrhundert bei weitem nicht mehr die Instrumente der Unterdrückung zur Verfügung hat wie in den Jahrhunderten zuvor. Gleichwohl hält sich die Mehrheit der Gesellschaft zurück.

Die russische Gesellschaft gilt verbreitet als passive Gesellschaft, die gegen ihre autoritäre Führung nicht aufbegehrt. Lässt sich diese sehr kritische Zuschreibung bei genauerem Hinsehen aufrechterhalten?

Nicht der Führungsstil der staatlichen Institutionen ist das Kriterium für Aufbegehren oder nicht, sondern die sozialen Leistungen des Staates – das zweite Merkmal des russischen Traums. Dazu gehören

die klassischen Säulen wie Krankenversorgung und Rentenversicherungen. Beide Leistungen haben sich in den vergangenen Jahren verbessert, aber der große Sprung ist noch nicht gelungen. Das gilt übrigens in vielen Staaten Zentral- und Osteuropas.

Politische Beteiligung wird in Russland inzwischen stärker eingefordert, aber noch nicht in einem Ausmaß, das die Struktur des russischen Staates in Frage stellt. Zudem stellt sich das Land gerade außenpolitisch so auf, dass eine klare Westbindung nicht mehr alternativlos ist. Damit geht natürlich auch eine Unübersichtlichkeit für die Gesellschaft einher, die nicht mehr ein klares Modell des Westens wie im Kalten Krieg vor Augen hat.

Der Begriff der Moderne kann nicht mehr nur westeuropäisch sein, schreiben Sie. Welche Vorstellung von Modernisierung hegen die Russen inzwischen?

Zumindest der russische Staat richtet Russland inzwischen auch nach Osten aus, nach Asien. Gerade die Regionen im Fernen Osten schätzen den Handel in jene Richtung. So versucht Russland auch dem ewigen Dilemma der sogenannten nachholenden Modernisierung zu entgehen, strebt also nicht länger danach, schlicht der westlich orientierten Modernisierung zu folgen. Ob das gelingt, ist fraglich, denn die Wirtschaft ist nicht annähernd so erfolgreich wie die asiatischer Staaten.

Der russische Traum von individueller Freiheit bei gleichzeitigem Beharren auf sozialer Sicherheit, garantiert vom Staat, beruht auf einem inoffiziellen Gesellschaftsvertrag. Staatliche Garantien im sozialen Bereich sowie Duldung von Freiheiten, die in einem autoritären Regime eher ungewöhnlich sind, gegen die Versicherung der Gesellschaft, politisch zurückhaltend zu bleiben. Die entscheidende Frage lautet, ob eine solche Übereinkunft im 21. Jahrhundert Bestand haben kann.



Reinhard Krumm
Washington

Dr. Reinhard Krumm leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington. Zuvor war er unter anderem als Leiter des Büros für die Baltischen Staaten in Riga, des Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa mit Sitz in Wien, des Büros in Moskau sowie des Referats Mittel- und Osteuropa in Berlin tätig.